

**Zeitschrift:** Die Berner Woche  
**Band:** 35 (1945)  
**Heft:** 50  
  
**Rubrik:** Politische Rundschau

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die Wirtschaftsartikel

-an- Der schweizerische Referendumsbürger wird sich unter Umständen bald mit diesen Artikeln vertraut machen müssen, für den Fall nämlich, dass Nationalrat und Ständerat sich zur selben Fassung bekennen, so dass sie entweder durch die Räte in Kraft erklärt werden oder aber, da sich sicher Opposition dagegen erheben wird, eine Volksabstimmung passieren müssen. Es handelt sich, genau wie beim Familienschutzartikel, um einen neuen, der Bundesverfassung einzufügenden Text, der die rechtliche Grundlage für die Schaffung verschiedener Gesetze bilden würde.

Aber: Die beiden Räte haben es schwer, sich auf einer gemeinsamen Basis zu finden, und wenn schon der Nationalrat eine Art «idealen Kompromiss» zustande brachte, so findet der Ständerat die Lösung immer noch nicht ideal und macht neue Vorschläge. Wenn es einmal so weit ist, dass man in beiden Kammern einig geworden, wird es auch an der Zeit sein, dem Volke genau zu sagen, was es gutzuheissen oder aber zu verwerfen habe.

Die Standpunkte der verschiedenen Parteien liegen heute wohl klar. Aber es schlingen sich um die sachlichen Argumente zu viele gefühlsmässige Ueberlegungen, und die Kriegswirtschaft mit ihren positiven und negativen Erfahrungen kompliziert alles ebenso sehr, wie sie in anderer Hinsicht Klarheit geschaffen hat über das, was zu geschehen und was zu vermeiden sei. Sicher ist nur, dass man sogar bei den entschlossenen Verfechtern neuer Wege und neuer Ordnungen im Wirtschaftlichen das Heft nicht der Bürokratie und nicht der Polizei aushändigen möchte.

Für die Artikel und ihren ursprünglichen Sinn, nämlich der Anarchie und den Schwankungen zwischen Konjunktur und Krise ein Ende zu machen, steht unentwegt die Linke ein, das heisst alles, was von den Freisinnigen links steht. Für eine «Ordnung», für bestimmte «Planung» votiert auch die Landwirtschaft, namentlich im Hinblick auf ihre eigenen Belange. In den genannten Artikeln wird ja ein künftiges Gesetz zum Schutze unserer eigenen landwirtschaftlichen Produktion verankert werden müssen.

Uns scheint, es sollte ja nichts überstürzt werden, und viel besser wäre, beispielsweise den praktischen Preischutz — das ist aber Einkommenschutz — der Landwirtschaft entschieden weiterzuführen, mit jeder Fixierung im Grundsätzlichen jedoch zu warten, bis die Ansichten sich völlig geklärt haben. Was zu finden ist, gleicht ja nur äusserlich einer «Quadratur des Zirkels»; die «Planung», nach der wir streben müssen, steht mit der «freien Initiative» weit weniger im Widerspruch, als wir denken, falls man überlegt, dass der Staat nur Richtlinien zu gehen hat, während sich die Wirtschaft selber nach solchen Richtlinien organisieren müsste.

## Aussenministerkonferenz in Moskau

Am 15. Dezember, so wird gemeldet, soll die schon totgesagte «internationale Behörde», genannt «Aussenminister-Konferenz», in Moskau zu ihrer zweiten Tagung zusammentreten, nachdem die erste durch die starre Haltung der Russen abgebrochen worden, bevor die Ergebnisse gereift waren, welche die Welt erwartete. Es scheint sicher, dass diese Meldung stimmt, und es deutet Verschiedenes darauf hin, was geschehen wird. Vor allem muss festgehalten werden, dass die Angelsachsen sich beständig mühen, mit den Russen wieder ernsthaft ins Gespräch zu kommen. Von London aus ist sozusagen ein Appell nach dem andern erfolgt. Dass man Moskau wissen liess, was

die Konferenz Trumans mit Attlee und Mackenzie in Washington beschlossen, gehört ins gleiche Kapitel des einseitigen Gedankenaustausches zwischen den beiden Lagern.

Was aber wichtiger ist als die Bemühungen der westlichen Mächte um neue russische Meinungsäusserungen, das ist der Umstand drängender Gesprächsthemen. Erstlich wird in London auf Mitte Januar die erste Sitzung der neuen «Völkerbundsversammlung» vorbereitet. Die führenden Grossmächte, die an dieser Riesentagung den Ton angeben werden, müssen über die Traktandenliste ins Reine kommen, auf der obenan das Thema Atom-Energie steht. Schon dies allein müsste Moskau veranlassen, «dabei zu sein» und nicht das Vorspiel von den Amerikanern und Engländern allein dirigieren zu lassen.

Ferner haben die USA den Engländern einen Milliardenkredit gewährt. Die Russen wünschen bekanntlich einen ebensolchen zu erhalten. Aus den Einzelheiten des Kreditabkommens können sie erkennen, wie die grosse Geldmacht jenseits des Ozeans einen loyalen Partner behandelt, was sie von ihm fordert und was sie gewährt. Ein detailliertes Finanzabkommen hängt an diesem Kredit. Man erwartet als dessen wichtigste Wirkung die Stabilisierung der Beziehungen zwischen Dollar und Pfund; daraus ergibt sich, dass es keinen «Dollarblock» und keinen «Sterlingsblock» geben wird. Also nicht die Gruppierung

## Wir erinnern uns

### 1941:

9. Dezember. Ueberfall der Japaner auf Pearl Harbor (Honolulu), Manila Singapore und nachfolgende Kriegserklärung an USA und an Grossbritannien. Es beginnen japanische Landungen auf den Philippinen und auf Nord-Malaia. Einen Tag darauf fallen die britischen Schlachtschiffe «Repulse» und «Prince of Wales» an der Ostküste Malaia japanischen Fliegern zum Opfer.

12. Dezember. Hitler und Mussolini erklären USA den Krieg.

### 1942:

9. Dezember. Die russische Offensive im Zentrum der Nordfront stösst gegen Welikije Luki vor.

14. Dezember. Die Achte Armee Montgomerys treibt die Truppen Rommels bis Misurata in Tripolitania zurück.

### 1943:

8. Dezember. Von Manstein setzt 1700 Tanks ein, um Kiew zurückzuerobern und den russischen Keil von Schitomir abzudrücken. Er erzwingt den zeitweiligen Stillstand der russischen Erfolge im Dnjeprbogen.

14. Dezember. Durch die Eroberung der Festung Snamenka und von Tscherkassy verbreitert sich der russische Brückenkopf von Kremenetschug; von Manstein sucht den Verlust des letzten Uferstückes durch den gewaltigen Durchbruch auf Kiew auszugleichen.

### 1944:

10. Dezember. Die Alliierten melden stetigen Vormarsch gegen die Siegfriedlinie, Häuserkämpfe in Trier, den Beginn des 4. Grossangriffes östlich Aachen auf die Roer-Linie und den Umstand, dass die Deutschen in 22 Tagen 152 000 Mann, davon mehr als die Hälfte Gefangene, einbüssten.

14. Dezember. In der Schweiz wird als Nachfolger des unhaltbar geworden Herrn Pilet-Golaz der Neuenburger Petitpierre in den Bundesrat gewählt.

der amerikanischen Staaten um das Zentrum Newyork, und nicht als Konkurrenten einen europäischen Wirtschaftskomplex, der sich um London gruppieren würde. Man könnte von der *«atlantischen Wirtschaftsvereinigung»* sprechen. Es ist dabei klar, dass an einer solchen Vereinigung auch die politische Stabilisierung einheitliche politische Richtlinien hängen könnten.

Für die Russen erhebt sich die Frage, ob sie diese auf dem Wege der wirtschaftlichen Verträge erreichte Vereinheitlichung des gesamt-angelsächsischen Macht- und Wirtschaftsbereiches als neue und *verschärfte Bedrohung* auffassen, oder ob sie darin ein *Vorbild der Zusammenarbeit auch zwischen Russland und dem Westen* sehen können. Man hat also allen Grund, zu fragen, ob die Aussenministerkonferenz, sofern sie in Moskau tagen wird, nicht auch als *Vorspiel für wirtschaftliche Verhandlungen zwischen dem Osten und Westen* angesehen werden dürfe. Moskau hat seinerzeit Amerika-Milliarden gefordert, hat aber seit dem Abbruch in London nichts mehr von dieser Forderung verlauten lassen. Drehte sich am Ende schon in London alles darum, *welche Bedingungen die Russen eingehen sollten, um zu ihren «Wiederaufbaukrediten» zu kommen*, und blieb Molotow so hart, weil er die amerikanischen Bedingungen ablehnen musste?

#### Einzelfragen

aller Art werden ausserdem auf der Traktandenliste einer solchen Konferenz stehen. An erster Stelle ist *das persische Problem zu nennen*. Die Amerikaner ziehen ihre Spezialtruppen aus dem Reiche des Schah zurück. Sie haben vorgeschlagen, auch Engländer und Russen möchten bis Jahresende abziehen. Aber es zeigt sich, dass vor dem März des neuen Jahres nicht daran zu denken ist. Denn die beiden andern Mächte haben nicht nur Spezialabteilungen heimzuschaffen. Inzwischen lassen die Russen eine Platte laufen, welche den Engländern so wenig wie den Amerikanern gefällt. Es wird das blutige Spiel des *aserbeidschanischen Separatismus* aufgezo-gen. Wir sprachen bereits vor Monaten darüber, dass die Tataren dieses Gebietes stammesgleich mit den Leuten in der russischen Bundesrepublik gleichen Namens seien, also keine Perser, und dass sie im Zeitalter des Nationalismus daran dächten, sich mit ihren Verwandten «etappenweise» zu vereinigen. Die erste Etappe besteht in der Ausrufung eines autonomen Staates innerhalb Irans. Die spätere zweite Etappe kann man sich denken.

Die Russen sind nun einfach der Ansicht, dass die Perser keine Truppen in ein Gebiet zu entsenden hätten, in welchem die Bevölkerung über ihr eigenes Schicksal entscheiden wolle. Darum versperren sie einfach den Soldaten der Teheranregierung den Zugang. Die «Operation» sollen die *«Tudeh-Leute»*, die sogenannten Demokraten des Landes, selber durchführen, indem sie mit ihren Gegnern, den schahfreundlichen *«Fascisten»* und *Grossgrundbesitzern* ihre eigene Abrechnung halten. Das soziale Problem kreuzt sich mit dem nationalen. In der zweiten Dezemberwoche stehen die Dinge so, dass der national-soziale Aufstand vor dem Ausbruche, die Konstituierung der «autonomen Regierung» bevorstehend, ein Ministersturz in Teheran fast sicher, und im Palast des Gouverneurs in der aserbeidschanischen Hauptstadt Täbris ein Kompromiss sehr wahrscheinlich geworden sind. Moskau hätte dann also im Namen des «Selbstbestimmungsrechtes» das Gebiet, das es zu seinen Anwartschaften rechnet, von Iran gelockert und könnte ruhig die weitere Entwicklung vorbereiten.

Unterdessen sind auch *innerhalb des zweiten Fragenkomplexes, des balkanischen*, Entscheidungen gefallen, auf welche die Russen warten wollten, als sie in London die Harten spielten und auf die Vertagung hinarbeiteten. War der Sieg der ungarischen Kleinlandwirte eine von Molotow und Stalin nicht erwartete Schlappe der russischen Politik?

War es auch *der katholisch-sozialistische Wahlsieg in Oesterreich?* Und ergeben sich daraus gewisse Konsequenzen, die der Kreml in den neuen Verhandlungen zu ziehen gewillt ist? Das heisst: *Können die Siegermächte nun endlich über Friedensverträge mit den beiden Staaten und über Räumungsdaten verhandeln?* Die Russen haben ja die Tschechoslowakei geräumt, und in Jugoslawien, das «im Sinne Moskaus gewählt» hat, stehen kaum nennenswerte russische Einheiten.

Es bleiben als viel ungelöste Probleme das *bulgarische*, das *türkische* und das *rumänische*. Dürfen die Russen sich einbilden, dass sie einen wichtigen Erfolg in der *Meerengenfrage* errungen haben, seit Amerikaner und auch Engländer bereit sind, die Durchfahrtsfreiheit für russische Schiffe zuzugestehen, dabei aber auf das Recht, selbst Kriegsschiffe ins Schwarze Meer schicken zu dürfen, verzichten? Und hätte Molotow dies mit seiner «Härte» erreicht? Oder werden die ewig Misstrauischen eine Falle wittern?

#### Die deutsche Frage

steht vielleicht in Moskau nicht, wie man erwarten sollte, an erster Stelle der Traktandenliste. Vor allem scheinen die Russen nicht daran interessiert zu sein, sie vordringlich zu behandeln. Zuerst wollen sie *eine bestimmte Entwicklung abwarten*, die sie mit Hilfe ihrer «Schattenregierung» deutscher Kommunisten, Sozialdemokraten, Zentrumsleute und bürgerlicher Demokraten in die Wege geleitet haben, nämlich *die Entwicklung der Gütereuteignung und Verteilung; 100 000 besitzlose Landarbeiterfamilien, darunter 65 000 aus dem polnischen Osten geflüchtete*, sind mit Splittern ehemaligen Grossgrundbesitzes bedacht worden. Als erste Folge stellte sich natürlich die Ratlosigkeit dieser Neubauern ein, welche ohne Betriebsmittel die Grundstücke, auf welchen ja noch keine Bauernhäuser stehen, betreiben sollen. Als zweite Folge kam ein Regen von Protesten, die man sich natürlich gut ansehen muss, sind doch die Enteigneten nicht müssig, so weit die Russen sie nicht in Konzentrationslager gesperrt haben. Wer weniger als 30 Hektaren besass, fiel übrigens nicht unter das Enteignungsgesetz. (Unsere sogenannten «Grossbauern» würden also in den wenigsten Fällen zu den Enteigneten gehören). Aber selbstverständlich fürchten sie, in Zukunft auch dran zu kommen und protestieren mit.

Zu den Protestierenden im russisch besetzten Gebiet werden sich sehr wahrscheinlich in Moskau auch die Vertreter der Angelsachsen gesellen. Ihr Hauptargument wird das allgemeine sein: *Man sollte jetzt, da für Deutschland die landwirtschaftliche Höchstproduktion notwendig ist, nicht die gut eingerichteten und allein das Höchste leistenden Mustergüter zertrümmern*. Alle Welt fragt sich, warum die Russen und die deutschen Kommunisten diese Zertrümmerungssparole ausgegeben. Lenin und seine Genossen baten ja seinerzeit die russischen Agrarrevolutionären fast auf den Knien, die grossen Gutsbetriebe nicht zu zerschlagen, da der Staat sie übernehmen wollte, und sandten die Rote Armee aus, um davon so viele als möglich zu retten. Warum nun die gänzlich gegenteilige Haltung in Deutschland? Die Antwort ist leicht zu finden. *Die Russen wollen dem Junkertum ein für allemal das Genick brechen, und dies eben geschieht dadurch, dass man den Besitz der Junker zerstückelt*. Alle andern Erwägungen kommen erst in zweiter Linie. Genau dasselbe taten sie in Polen. Nach der Zertrümmerung werden die Neubauern zwangsläufig dazu übergehen müssen, Pflüge, Säe-, Dresch- und manche andern Genossenschaften zu gründen, und so kämen sie zu ihren varierten «Kolchosen». Und dies wäre das erstrebte Endstadium, vor dessen Sichtbarwerdung wahrscheinlich Moskau gar keine Diskussion über die gemeinsame Regelung der deutschen Gesamtprobleme zu führen wünscht.



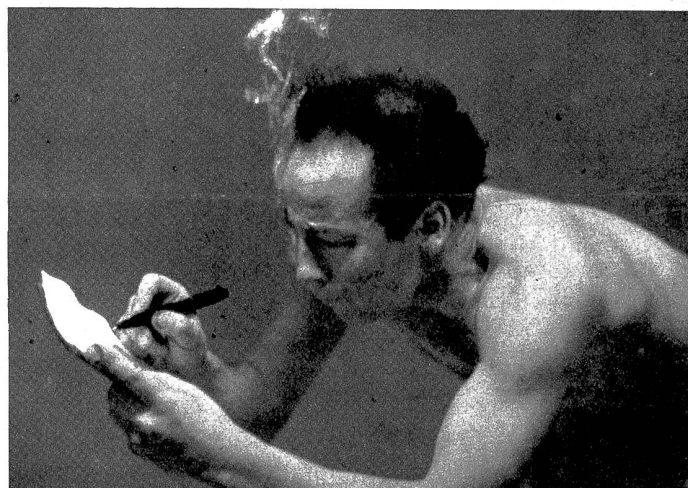


Links: In Ermatingen ist erstmals wieder seit Kriegsbeginn das traditionelle Gangfischschiesen durchgeführt worden, welches alljährlich die schiesslustigen Gangfischer und deren Freunde auf den Beginn der Gangfischerei zusammenbringen soll ATP



Links: In der zur Zeit in Vevey stattfindenden Nationalen Taubenzuchtausstellung nehmen die gurrenden Vögel das Interesse der Öffentlichkeit in Beschlag. Unser Bild zeigt ein Pärchen von Pfautauben (Züchter: Otto Schweizer, Bern), die mit 92 Punkten bewertet wurden (ATP)

In Bern ist nach längerer Krankheit im Alter von 50 Jahren Prof. Dr. Arthur Homberger, gestorben. Seit 1924 wirkte der Verstorbene an der juristischen Fakultät der Universität Bern, erst als Privatdozent, seit 1930 als ausserordentlicher und seit 1940 als ordentlicher Professor für Staatsrecht und Völkerrecht, Enzyklopädie des Rechtes und internationales Privatrecht. Er wurde 1942 zum Präsidenten der schweiz. Käseunion gewählt (ATP)



Der von den englischen „Miles“-Flugzeugwerken entwickelte „ewige“ Füllhalter der RAF, der auf einem ganz neuartigen Prinzip beruht, ist nun auch in der Schweiz erhältlich. Nicht nur kann man mindestens ein Jahr lang mit dem Dauerfüllhalter schreiben, bevor die Füllung zu Ende geht, sondern es kommt auch kein Einfrieren der Füllung in Frage. Das Geschriebene trocknet unmittelbar, so dass man selbst unter Wasser — und entsprechend also bei jedem Hadelwetter — damit schreiben kann, ohne dass die Schrift verwischt (ATP)



Die zerstörte Stadt der Parteitage, Nürnberg, ist für einige Zeit Mittelpunkt der Welt geworden, weil der Kriegsverbrecherprozess ein Stück Weltgeschichte rekonstruiert. Die Stadt selbst, weitgehend in Ruinen verwandelt, hat wenig verändert und die Bevölkerung zeigt sich auffallend interessiert. Begreiflich, denn die Nahrungssorgen gehen vor. Eine Frau hat trotz der Kälte ihren Brotladen auf offener Strasse errichtet und braucht um die Kunden nicht zu bangen (ATP)

Das Glück im Kuhstall lächelte einem Farmer in Fairbury (Nebraska), der ein Muttertier fünf gesunde Kälblein zur Welt brachte. Bald hatte der Besitzer nichts weiteres zu tun, wie seinen Stall tagtäglich gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes den neugierigen Besuchern zu öffnen (Ph. P.)

